LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/969**

20.09.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Unterstützung jetzt! Bildungseinrichtungen nicht mit explodierenden Energiekosten und galoppierender Inflation allein lassen

I. Ausganglage

Steigende Energiekosten besorgen die Bürgerinnen und Bürger in NRW. Durch die steigenden Energiekosten und die massiv ansteigende Inflation sehen sich aber auch Bildungseinrichtungen in einer schwierigen finanziellen Lage. Zahlreiche Kitas, Räumlichkeiten der Tagespflege, Jugendeinrichtungen, aber auch viele Schulen in privater Trägerschaft sind in älteren Gebäuden untergebracht, Modernisierungen haben noch nicht überall stattgefunden. Dazu kommt, dass das Lüften zur Verringerung der Ansteckungsgefahr mit dem Corona-Virus die Einrichtungen vor weitere Herausforderungen stellt. Gestiegene Kosten für Heizung und Strom dürfen keinesfalls dazu führen, dass auf das Lüften oder den Betrieb von Luftfiltern verzichtet wird.

Die jüngste Reform des KiBiz sieht im Paragraph 37 eine Steigerung der Finanzierungskosten vor. Dort heißt es: Die Kindpauschalen gemäß § 33 werden jährlich unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kostenentwicklungen angepasst. Zum Kita-Jahr 2021/2022 brachten die Anpassungen gerade einmal eine Erhöhung von 0,83 Prozent und für die Miete von 0,6 Prozent. Im laufenden Kita-Jahr beträgt die Steigerung 1,03 Prozent und 2,67 Prozent für Mieten. Aktuell beläuft sich die Inflationsrate jedoch auf knapp 8 Prozent (Stand 13.09.2022) Auch die aktuellen Tarifabschlüsse liegen deutlich über den gewährten Anpassungen. Die Träger stehen vor der kaum lösbaren Herausforderung, diese Kostensteigerungen aus eigenen Mitteln aufzufangen. Die Refinanzierung muss daher noch im laufenden Kita-Jahr überprüft und an die aktuelle Kostenentwicklung angepasst werden. Dies gilt auch für die Steigerungen im kommenden Kita-Jahr.

Die Baukosten für neue Einrichtungen und Plätze schießen ebenfalls in die Höhe. Auch auf die Baupreise wirkt sich die steigende Inflation aus. Kostensteigerungen wurden bei den Investitionskostenzuschüssen nur bis 2020 berücksichtigt. Da war eine Inflation jenseits 8 Prozent nicht absehbar. Das stellt Träger, die aktuell bauen oder künftig Bauvorhaben planen, vor Probleme. Schon unter der Vorgängerregierung geriet insbesondere der U3-Ausbau ins Stocken. Dieser Fehler darf sich nicht fortsetzen. Es braucht daher jetzt einen Kostenausgleich für bestehende Bauprojekte und eine Anpassung der Fördersätze, damit der Kitaplatz-Ausbau nicht ins Stocken gerät.

Der Städtetag NRW fordert die Abschaffung der Trägeranteile. So erklärt Thomas Eiskirch, stellvertretender Vorsitzender des Städtetages gegenüber der Presse, dass die Träger und Investoren sich der Ausbau der dringend benötigten Kita-Plätze nicht mehr leisten können,

Datum des Originals: 20.09.2022/Ausgegeben: 20.09.2022

„weil die Baukosten so extrem steigen und in der Refinanzierung sich nichts verändert“. Auch er thematisiert das Ansteigen der Miet- und Energiekosten und fordert, auch dazu müsse das Land deutlich mehr zahlen. Abschließen führt er aus: „Die Träger können die Eigenanteile nicht mehr schultern“, so Eiskirch. „Deswegen ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, die Trägeranteile abzuschaffen.“[1]

Die Inflationsrate hat sich laut statistischem Bundesamt im Jahr 2021 um durchschnittlich 3,1% erhöht. Den Jahreshöchstwert hat sie im Dezember 2021 mit 5,3% zum Vormonat.[2] Im August 2022 liegt die vorläufige Inflationsrate bei fast 8%.[3]
Es hat einen Vorstoß der kommunalen Spitzenverbände gegeben. Diese wollen die Trägeranteile in der Finanzierung abschaffen. Beide Vorstöße müssen vom Land aufgenommen und zielführend diskutiert werden.

Neben der neu hinzugekommenen Energiekrise bleiben die Folgen der Corona-Pandemie. Kurzfristig müssen die Bildungseinrichtungen bei den zu befürchtenden Heizkosten im Winter entlastet werden. Durch das Lüften in den Räumen ist die Raumtemperatur ohnehin schon abgesenkt und im vergangenen Winter klagten viele Eltern darüber, dass die Kinder in den Räumen froren. Besonders die Arbeit mit den Kleinsten wird im Winter zu einem großen Problem, sollte dieser Minusgrade hervorbringen und das Lüften als Maßnahme gegen Corona weiter in einer engen Taktung nötig machen. Damit die Gesundheit und der Besuch der Einrichtungen generell nicht gefährdet ist, müssen Entlastungen für die Träger erbracht werden.

In NRW arbeiten rund 15.400 Tagespflegepersonen. Auch sie benötigen eine auf ihr Arbeitsmodell passende Unterstützung in der Frage der steigenden Energiepreise. Hierfür muss ein runder Tisch gegründet werden, der mit Fachleuten die Problemlagen analysiert und Lösungen im Sinne der Tagespflege findet.

Unterstützung müssen auch die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit erfahren. Sie geben den Kindern Normalität und Alltag, um die aktuellen Krisen zu verarbeiten und einen Umgang mit ihnen zu finden. Vor diesen Problemen stehen neben den Kitas auch die Tagepflegepersonen, sowie genehmigten Ersatzschulen in NRW. Auch sie brauchen einen Heizkostenzuschlag, um die steigenden Kosten auffangen zu können.

Mittel- und langfristig müssen Programme zur energetischen Sanierung gestartet werden, die es erlauben, dass Kitas, Tagespflege und Schulen den aktuellen Standards der energetischen Sanierung entsprechen und so einen Teil zur dauerhaften Einsparung von Energie leisten können. Dazu gehört dann aber auch, dass Lüftungsgeräte beim Neubau oder der Sanierung von Bildungseinrichtungen fest installiert werden.

II. Der Landtag stellt fest

- Bildung und Betreuung müssen auch im Winter unabhängig von einer Energie- und Inflationskrise möglich sein. Dies sicherzustellen ist in erster Linie eine Aufgabe des Landes.

[1] https://rp-online.de/nrw/landespolitik/traegeranteile-abschaffen-nrw-staedte-fordern-viel-mehr-geld-fuer-kitas_aid-70966031
[2] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/01/PD22_025_611.html
[3] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_366_611.html#:~:text=Harmonisierter%20Verbraucherpreisindex%2C%20August%202022%3A&text=WIESBADEN%20%E2%80%93%20Die%20Inflationsrate%20in%20Deutschland,%2B7%2C5%20%25%20gelegen. Abgerufen am 5.9.2022

- die Anpassungen der Kindpauschalen im KiBiz bleiben weit hinter der Entwicklung der Inflation und der gestiegenen Personalkosten zurück. Träger können diese Kosten nicht ohne eine zusätzliche Unterstützung ausgleichen.

- Mietkosten- und Investitionskostenzuschüsse bleiben in Nordrhein-Westfalen hinter der Kostenentwicklung zurück. Der Ausbau der Plätze in der frühkindlichen Bildung darf nicht weiter ins Stocken geraten.

- die enorm steigenden Energiekosten bringen auch genehmigte Ersatzschulen in privater Trägerschaft, insbesondere diejenigen, die aktuell und noch in dieses Jahr Neuverträge mit Energieversorgern abschließen müssen, in Not Gerade kleinere Schulen können sich diese Mehrkosten nicht leisten.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- kurzfristig Einrichtungen durch Zuschüsse für Energie- und Heizkosten zu unterstützen. Dafür sollen 1400 Euro pro Gruppe bereit gestellt werden.

- gemeinsam mit der Interessensvertretung der Kindertagespflegepersonen ein Zuschusskonzept zu erarbeiten und diesen Zuschuss direkt an die Tagespflegepersonen auszuzahlen.

- gemeinsam mit den Interessenvertretungen der anerkannten Ersatzschulen in NRW ein Zuschusskonzept zu erarbeiten und diesen Zuschuss unbürokratisch an die Träger der Ersatzschulen auszuzahlen.

- die Anhebung des Landeszuschusses der Kindpauschalen im KiBiz auf den 1. Januar 2023 vorzuziehen. Dabei soll die aktuelle Inflationsrate von 8 Prozent als Grundlage genommen werden, um aktuelle Kostensteigerungen kurzfristig abzufedern. Zum regulären Zeitpunkt der Dynamisierung der Pauschalen soll geprüft werden, ob diese Anpassung kostendeckend war.

- den Landeszuschuss für die Kindertagespflege ebenfalls zum 1. Januar 2023 um 8 Prozent anzuheben. Zum regulären Zeitpunkt der Dynamisierung der Pauschalen soll geprüft werden, ob diese Anpassung kostendeckend war.

- den Vorstoß des Städtetages aufzugreifen und in einen Dialog über die Absenkung der Trägeranteile einzutreten, damit das Angebot der frühkindlichen Bildung dauerhaft aufrechterhalten werden kann. Dazu müssen Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern der Bildungseinrichtungen erfolgen.

- die Investitionskosten auf die Jahre 2022 und 2023 verteilt der aktuellen Kostenentwicklung anzupassen, um beim Ausbau der Plätze keine weitere Zeit zu verlieren.

- die Anhebung der Investitionskosten auch auf bereits im Bau befindliche Projekte auszudehnen.

- die sofortige Prüfung der Bewirtschaftungspauschale für genehmigte Ersatzschulen zu und eine jährliche Anpassung dieser zu veranlassen.

- in dieser Legislaturperiode ein Sanierungsprogramm für Einrichtungen aufzulegen, das es erlaubt, dass Kitas, Tagespflege, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und

Ersatzschulen in privater Trägerschaft energetisch saniert werden, um langfristig Energie- und Heizkosten einzusparen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Dr. Dennis Maelzer
Dilek Engin

und Fraktion